



## Bambule mit Irene Goergens

Die Mahler-Freundin rief: „Steckt doch ein an!“

Das frühlingshafte Wetter löste am Sonntag offensichtlich Haftpsychosen bei Insassinnen der Frauenhaftanstalt in der Kantstr. 79 in Charlottenburg aus. Den ganzen Sonntag über randalierten etwa zwölf der dort 42 untergebrachten Frauen, warfen Gegenstände aus den Fenstern auf den Hof hinab und veranstalteten Lärm mit ihren Blechgefäßen.

Als gegen 21.30 Uhr die „Bambule“ noch kein Ende hatte, wurde eine der Häftlinge in die Absonderungszelle gebracht. Über das „Haustelefon“, die Heizungsrohre, verständigten sich die Frauen untereinander, und es kam nun erst recht zu einem Rabatz.

Wie ein Sprecher des Justizsenators erklärt, soll die erst vor kurzem in der Kantstraße untergebrachte Mahler-Freundin Irene Goergens (21) durch Zurufe andere Mithäftlinge aufgefordert haben: „Steckt

doch eure Zellen an. Dann müssen die euch ausschließen.“

Irene Goergens selbst zertrümmerte in ihrer Zelle ihr Waschbecken, ihr Toilettenbeken, eine Fensterschreibe und warf Gegenstände aus dem Fenster. Aus verschiedenen Fenstern flogen dann brennende Einrichtungsgegenstände auf den Hof hinab.

Kurz nach 23 Uhr rief die Anstaltsleitung die Polizei zu Hilfe. Mehrere Funkwagen und Polizisten des Einsatzkommandos fuhren in der Kantstraße vor, und sechs Polizisten unterstützten die Aufsichtsbeamtinnen im Frauengefängnis.

Mehrere Häftlinge hatten sich in ihren Zellen verbarrikadiert. Unter dem Schutz der Polizisten hofften die Aufsichtsbeamtinnen Irene Goergens aus ihrer Zelle und brachten sie in die Absonderungszelle, den so-

## SOLIDARITÄT AUCH IM KNAST

betr. Irene Goergens, z.zt. Untersuchungshaftanstalt für Frauen, Kantstrasse. Irene Goergens schildert die Vorfälle vom 20./21. Februar in der Frauenhaftanstalt Kantstrasse wie folgt: Gegen Mitternacht stürmen ungefähr 10 Polizisten in die Haftanstalt, sie werden von den jugendlichen Gefangenen mit dem Sprechchor 'Berliner Polizisten sind Faschisten' empfangen. Drei oder vier Beamte stürzen sich in die Zelle von Irene Goergens, die einen Schrank vor die Tür gestellt hatte und sich am Fenster festhält. Sie wird von mehreren männlichen Beamten vom Fenster weggerissen. Ein Polizist drückt ihr ein Handtuch vor Mund und Nase, während ein zweiter Beamter ihre Hände auf dem Rücken mit Handschellen fesselt. Ein Beamter legt von hinten im Würgegriff seinen Arm um den Hals von Irene Goergens, immer noch wird das Handtuch vor Mund und Nase gedrückt, Irene Goergens wird aus ihrer Zelle gedrückt und geschoben. Wie die stellvertretende Anstaltsleiterin, Frau Grieger, am Mittwoch dem Verteidiger mitteilte, wurde Irene Goergens in der Nacht zum vergangenen Montag ausschließlich aus 'Sicherheitsgründen' in die sogenannte Arrestzelle gesperrt, in der sie am Mittwoch morgen noch sitzt. Diese ca. 9 qm große Zelle hat ein Inventar von einem Bett und einem Toilettenkübel. Sie ist nach der Eingangstür hin nochmals durch ein bis zur Decke reichendes Gitter abgetrennt. Aus 'Sicherheitsgründen' hat sich Irene Goergens seit Sonntagnacht lediglich in einer Schüssel waschen können, Kleider durfte sie nicht wechseln, Zigaretten werden ihr vorenthalten, die 'Sicherheit' verbietet es, dass Irene Goergens auch nur ein Buch oder eine Zeitung zur Lektüre erhält. Es dürften auch 'Sicherheitsgründe' sein, die es von der Nacht zum Montag bis Mittwoch morgen verboten haben, auch nur einmal für kurze Zeit die Arrestzelle zu lüften. Der Käfig in den Irene Goergens gesperrt worden ist, stank daher auch wie ein Käfig. Frau Grieger hatte es an mehr als 36 Stunden nicht für notwendig gehalten, auch nur einen Augenblick die Zelle von Irene Goergens zu besichtigen oder dieser die Gründe für die Bunkerhaft zu erläutern. Ein Grund dafür wäre schon deshalb gegeben gewesen, weil Irene Goergens noch in der Nacht zum Montag einen Erstickenfalls erlitt. Sie war kaum in der Lage, die Wärterinnen zu alarmieren, weil ihr die Stimme versagte. Noch in der selben Nacht, allerdings erst nach

gab eine Anstaltsärztin zwei Spritzen, um so die Folgen der 'polizeilichen Sicherungsmassnahmen' zu lindern. Eigentliche Ursache für diese Massnahmen war am Sonntagabend das allabendliche Gespräch der Gefangenen Jugendlichen untereinander aus ihren Zellenfenstern, die tägliche Übung dieser Unterhaltungen hinderte eine Beamtin nicht, an diesem Abend deswegen ein Verbot auszusprechen. Die Gefangenen Mädchen liessen sich das nicht gefallen und gerieten in Erregung, als eine von ihnen gegen 20 h wegen Sprechens in den Bunker gesperrt wurde. Die Mädchen waren der Ansicht, entweder müssten alle in den Bunker oder niemand, und riefen im Sprechchor: Birgit aus dem Bunker raus! Die ersten Konservebüchsen, Gläser und Sichtblenden fielen in den Innenhof des Gefängnisses. Irene Goergens erklärte ihre mitgefangenen die Vollzugsordnung und machte dann den Vorschlag, dieses ohnehin nicht angewandte Stück Papier zu verbrennen. Das geschah auch ausserhalb der Zellen aus dem Fenster heraus. Von 'brennenden Zellen im Frauengefängnis' war nicht die Rede. In keiner einzigen Zelle hat irgendwas gebrannt. Selbstverständlich hat Irene Goergens auch nicht ihr Waschbecken oder ihre Toilette zerschlagen. Irene Goergens war nicht die Rädelsführerin, erklärte die Anstaltsleiterin dem Verteidiger. Irene Goergens ist die Einzige, die wegen der Vorgänge von Sonntagabend bis heute schwere Haftverschärfung dulden musste.

### PROZESSE

am 28.2., 23. 63. und 16.3 wird der Prozess gegen Uli Fischer, Renate Sami und Karl-Heinz Wierzejewski fortgesetzt. Anklage: Anschlag auf das Amerikahaus nach dem Überfall der Amerikaner auf Kamboascha. Der Prozess gegen Margit Gaier-Czenki und Rolf Hißler in München wird fortgesetzt.

### URTEILE:

am 23.2 Freispruch für Rainer Lindner. Anklage: Öffentliche Billigung eines gemeingefährlichen Verbrechens. Sein Name hatte im Impressum der Neuen 883 gestanden

Name: ..... Vorname: ..... Buch-Nr.: .....

### Erklärung!

Durch meine Unterschrift bestätige ich, daß ich von den nachstehenden Bestimmungen Kenntnis genommen habe.

1. Wer es unternimmt, durch Singen, Schreien, Pfeifen oder sonstigen Lärm die Ruhe der Anstalt zu stören,
2. wer sich am Fenster aufhält oder an den Gitterstäben zu schaffen macht, Gegenstände aus dem Fenster wirft, sich durch Rufen oder Zeichen mit anderen Häftlingen in Verbindung setzt,
3. wer auf Tische, Stühle, Schemel oder Betten steigt oder Bekleidungsgegenstände, Wäsche und andere Dinge an den Zellenfenstern oder Fensterbacken aufhängt,
4. wer versucht, Briefe oder Kassiber innerhalb der Anstalt oder in die Außenwelt zu schmuggeln,
5. wer versucht, mit anderen Gefangenen oder Bedienstete Geschäfte irgendwelcher Art zu tätigen oder sie dazu zu überreden,
6. wer Ausbruchswerkzeuge oder andere verbotene Gegenstände in die Anstalt einzubringen versucht oder andere als die ihm bei der Einlieferung ordnungsgemäß überlassene Gegenstände heimlich im Besitz hat,
7. wer einen Ausbruch vorbereitet, versucht oder daran teilnimmt, wer sich an einer Meuterei beteiligt oder dazu auffordert, wer Anstaltsbedienstete tätlich anzugreifen versucht,
8. wer schriftlich oder mündlich Beschwerden vorbringt, von denen er weiß, daß sie unbegründet sind,
9. wer Abfälle oder andere Gegenstände in die Toilette wirft,
10. Wer durch Beschmieren, Bekritzeln, Bekleben, oder durch Einschlagen von Nägeln die Anstaltsräume verunreinigt oder beschädigt,
11. wer ohne ärztliche Anordnung am Tage im Bett liegt oder darauf sitzt,
12. wer Anstaltsgegenstände (Zelleninventar, Fenster, Bekleidungsgegenstände, Bücher usw.) mutwillig beschädigt, — es ist Schadenersatz zu leisten —,
13. wer Bücher, Zeitschriften, Zeitungen-eigenmächtig tauscht,
14. wer sich beim Sammeln oder auf dem Weg zur Arbeit, zur Freistunde oder bei dem Kirchgang mit anderen Häftlingen unterhält oder sonst Kontakt aufnimmt,
15. wer den ihm zugewiesenen Platz eigenmächtig ohne Erlaubnis verläßt oder sich durch Täuschung in eine andere Zelle einschließen läßt,
16. wer sich ohne ärztliche Genehmigung bei der Freistunde im kleinen Kreis bewegt,
17. wer auf den Fluren, bei der Freistunde oder im Bett raucht,
18. wer für andere Gefangene Schriftstücke verfaßt oder schreibt,
19. wer durch Ausschrauben von elektrischen Lichtkörpern oder unbefugtes Hantieren an Heizkörpern die Sicherheit der Anstalt gefährdet,

verstößt gegen die Verhaltensvorschriften und die Hausordnung, deren genaue Beachtung zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung in der Anstalt zwingend erforderlich ist. Verstöße gegen die genannten Bestimmungen werden mit Hausstrafen geahndet, evtl. auch gerichtlich verfolgt.

Außerdem bestätige ich durch meine Unterschrift, verpflichtet zu sein, eine wesentliche Erkrankung, Verletzung, Hautausschlag, Ungeziefer unverzüglich zu melden und ebenso Meldung zu machen, wenn ich von dem Plan eines Selbstmordes, einer Selbstbeschädigung, eines Angriffs oder einer Verabredung zur Flucht, Ungehorsam oder einer Meuterei erfahre.

Berlin 12, den ..... (Unterschrift)



# VALPREDA PROZESS

## ANARCHIST SITZT für FASCHISTISCHE PROVOKATION

### PINELLI



### ASSASSINATO

'arbeiterfriede' über integrative mechanismen nicht mehr herzustellen war und der klassenkampf einen klar antikapitalistischen charakter erhielt. nachdem die arbeiter nicht besiegt zum tarifabschluss zu bringen waren, sollen die 16 tote in mailand die nationale einheit wieder her-

stellen, indem anarchisten als Urheber des blutbades denunziert werden. in dem sich radikalierenden klassenkampf sollen die noch isolierten radikale formen des kampfes propagierenden gruppen in einer weise zerschlagen werden, die ihre formen des kampfes von vornherein für die arbeiter unakzeptabel werden läßt.

während PCI und gewerkschaften noch spitzengespräche führen, die zu der demobilisierung der arbeiter beitragen, läßt sich der kapitalistische staat nur scheinbar auf diese verhandlungen ein - um zur gleichen zeit vorsorge für die zerschlagung der gesamten linken zu treffen: standen für die bombenlegungen die faschisten bereit, so verfolgen sie den umsturz der politischen struktur des staates nach dem vorbild des griechischen putsches mit dem ziel einer faschistischen herrschaft über das mittellmeer.

welche indizien und beweis existieren für diese faschistischen manöver? innerhalb der gruppe den 'circolo 22 marzo', der die anschlüge zur last gelegt werden, befanden sich ein agent des SID (italienischer verfassungsschutz) und der bekannte faschist mario merlino. nachdem sie sich zunächst für die radikalierung der aktionen der gruppe eingesetzt hatten, traten sie später als zeugen der anklage auf. die isolierte stellung der gruppe, wie ihre mangelnde struktur erleichterten diese infiltration.

eine reihe von wichtigen zeugen, die die unschuld der angeklagten hätten beweisen können, sterben

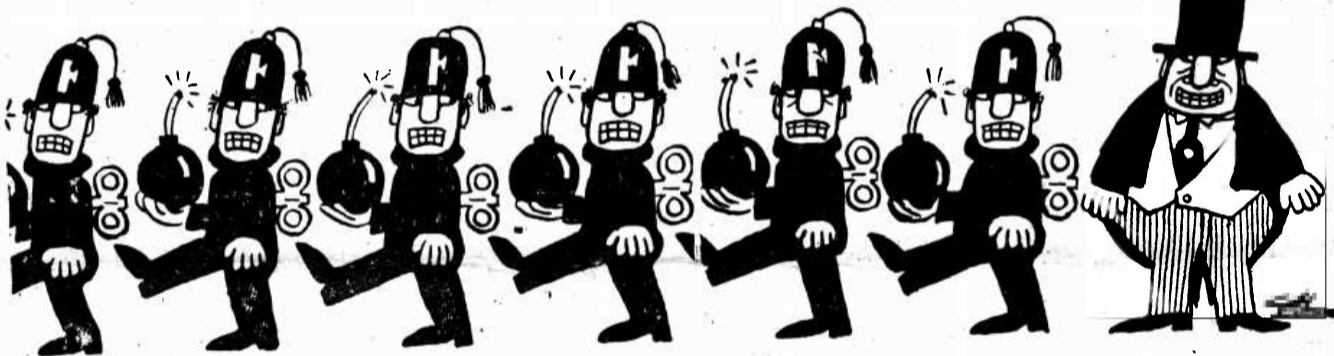
plötzlich. der beschuldigte genosse pinelli wird nach drei tagen illegaler haft ermordet; man warf ihn aus dem 4. stock des mailänder polizeipräsidiums. um seine leiche tanzen justiz und sachverständige nun seit zwei jahren ringelreihen, um die aufklärung seiner ermordung zu verhindern.

ermordet wird auch der jungfaschist armando calzori, nachdem er nach aussagen von zeugen über die beteiligung nationalistischer terroristen gesprochen hatte. er wird in einem brunnen, der nur wenige zentimeter wasser hatte, ertrunken aufgefunden.

der taxifahrer rolandi, einziger augenzeuge am tatplatz, wird sich an der von der polizei ausgesetzten belohnung von 50 millionen lire nicht mehr erfreuen können; nachdem er valpreda nach ihm vorher vorgelegten polizeifotos erkannt hatte, konnte er der kette von polizeiverhören, zeitung- und fernsehinterviews nicht standhalten; er wurde in seiner badewanne tot aufgefunden. geblieben ist nur die zeugenaussage, daß er valpreda in seinem taxi zur bank gefahren habe.

insgesamt kamen schon mehr als 10 zeugen oder beschuldigte ums leben. ihr tot wurde notwendig, um die farce aufrechtzuerhalten, daß anarchisten mörder von 16 unbetheiligten personen gewesen seien.

der hauptangeklagte pietro valpreda sitzt seit über zwei jahren in untersuchungshaft. obwohl sich sein gesundheitsszustand sehr verschlechtert hat, wurde er nur vier tage lang in einer klinik behandelt und trotz des protestes der ärzte wieder in seine zelle überführt, wo ihm ärztliche behandlung weitgehend verweigert wird. verhindern wir, daß die italienische justiz auch valpreda ermordet! entlarvt kapitalistische und faschistische morde! unterstützt den klassenkampf des italienischen proletariats!



Die Marionetten der italienischen Kapitalisten marschieren. Die Bomben von Rom und Mailand stammten aus ihren Händen.

### TODESSTRAFE auf RATEN

rolf ist jetzt 26 jahre. mit 16 wurde er wegen mord zu 10 jahren knast verurteilt. seine beiden hände sind verkrüppelt, sodaß er z.b. nur mit großen schwierigkeiten schreiben kann: "passiert" bei der ausbeutung im knast. arbeitsunfähigkeit von 45%; "dafür" bekommt er 105 dm rente im monat; das kontoist jetzt aber gesperrt "für eventuelle ermittlungskosten". nach 8 jahren im loch wurde er "auf bewahrung" entlassen, d.h. unter der bedingung: fester arbeitsplatz, fester wohnsitz, ständige aufsicht. nach 10 abgelehnten bewerbungen - auf den zeugnissen, die er im knast machte, steht überall der vermerk "im gefängnis abgelegt" - hatte er die nase voll, verbrannte die zeugnisse und ging von westberlin in die BRD. damit war die "bewahrung" aufgehoben und nach einem jahr erwischten ihn die bullen wieder; seit juni 71 sitzt er im knast in landsberg.

- einzelhaft
- da er tütenkleben in der zelle ablehnte, "arbeitsperre"
- einzige beschäftigung: bücher aus der knast "bibliothek"
- absolute isolierung; seit dezember briefkontakt zu mir, vorher und daneben kein wort oder brief von irgendjemandem
- pflichtverteidiger; macht keine eingabe, keine beschwerde, spricht weder vor noch während der verhandlung mit rolf. also kein verteidiger, bzw. einer, der unmißverständlich zeigt, daß rolf eine lästige null ist (inzwischen über mich ein anderer ra eingeschaltet)
- 2 buchsendungen beschlagnahmt; ohne angabe der gründe, des inhalts oder des absenders

- brief an mich beschlagnahmt wegen "unwahrer behauptungen"; der brief enthielt hauptsächlich einen kommentar zum ruhland-prozeß und zu einem sternartikel, belegt mit zitaten. "freie meinungsäußerungen"?
- ein brief von mir, der schon durch die richterliche zensur in hamburg gegangen war, wurde von der anstalt beschlagnahmt; "der inhalt könnte den vollzug ihrer strafeit gefährden." ich versuche nämlich, ihm mut zu machen!
- kopfhörer wurden vom "anstandsarzt" auf 45 stunden in der woche begrenzt, mehr sei gesundheitsschädlich
- ständige zellenfilzungen, bei denen seine notizen "abhanden kommen"; auf beschwerden bei der anstaltsleitung weiß niemand etwas davon.
- rolf hat angefangen, seine geschichte aufzuschreiben; nach einer "frei"-stunde entdeckte er, daß teile daraus fehlten, daraufhin verbrannte er auch den rest
- natürlich keine zeitungen; wenn er sich mal eine alte besorgen konnte, wird sie sofort wieder weggeholt
- gegen dauernde schlafstörungen oder starke grippe gibt es, wie er sagt "pillen für schweißfüße"
- jeder transport mit handschellen und strengster bewachung, auf allen aktendeckeln steht groß und dick: "achtung: mord - fluchtverdächtig - bei transport fesselung"
- ein prozestermine in münchen wurde mehr als eine woche vorher verschoben, da der neue ra noch keine akteneinsicht bekommen hatte. 4 tage vor dem termin kam rolf in die

transportzelle, dann nach stadelheim, er wartete darauf, zum ersten mal seit 10 jahren wieder mit einem ra zu sprechen; erst dann wurde ihm mitgeteilt, daß der termin verschoben sei. im klartext: der viehtransport war reine schikane. und der ra-brief mit der entsprechenden nachricht hatte eine erstaunliche verspätung!

- auch für stadelheim wurde ihm sein eigenes radio nicht ausgehändigt (dort gibt es keine kopfhörer), mit der begründung: "es ist bei uns nicht üblich".
- offizielle begründung für besondere absonderungemaßnahmen: seine langen haare
- auf transport gingen 10 gefangene: rolf wurde einen tag vor den anderen 9 "fertig gemacht", sodaß für ihn der einkaufstag wegfiel, für den er von der RH geld bekommen hatte
- wegen beschwerden im dezember kommt er im februar zum "rapport" und wird mit der antwort "es gibt für die anstalt wichtigeres zu tun" wieder weggeschickt.

ALLE MACHT DEN VOLK!!!

ROTE HILFE WESTBERLIN  
1 BERLIN 21 STEPHANSTR. 60  
verantwortlich: Reinhold König  
SPENDENKONTO: (Brentzel)  
Nr. 064 000347 Sparkasse  
Berlin (West)  
Preis 20 Pf. (Erlös für die  
Betreuung politischer  
Gefangener) • 25. 2. 72

Valpreda-Prozess in Rom: Anarchist sitzt für Faschistische Provokation

am 23. februar hat in rom der schauprozess der klassenjustiz gegen den italienischen anarchisten pietro valpreda begonnen. was bedeutet dieser prozess für die italienische linke, was liegt ihm zu grunde?

am 12. dezember 1969 explodiert in mailand in der banca dell'agricoltura eine bombe, die 16 personen tötet und viele verletzt. in rom explodieren eine dreiviertel stunde später drei weitere bomben. zwei am victor emanuel denkmal, dem 'altar des vaterlandes'; und eine in der nähe der banca nazionale del lavoro. die bomben in rom verletzen ungefähr 15 personen. wenige minuten nach der explosion in mailand wird in der banca commerciale eine weitere bombe gefunden, die noch nicht explodiert ist.

diese bombe wäre ein wichtiger fund gewesen, um herauszufinden, ob zwischen den verschiedenen bomben ein zusammenhang besteht. aber ein feuerwerker muß sie auf polizeiliche anweisung im innenhof der bank zur explosion bringen. er erklärt später, daß es gefährlicher gewesen sei, die bombe zwischen all den wohnhäusern explodieren zu lassen als sie zu entschärfen. diese bombe ist das erste beweisstück, das wie später noch viele andere vernichtet wird. die nachforschungen sollen von vornherein von den eigentlichen tätern ablenken, da der schuldige bereits bestimmt ist. für die linke ist dieser prozess teil einer kampagne, in der sich nachforschungen nach über 200 bombenexplosionen während des letzten jahres nur gegen mitglieder der außerparlamentarischen opposition richteten. bomben sollen heute in italien den boden für einen rechten staatsstreich bereiten, nachdem der



Tänzer, Anarchist und jetzt Angeklagter: Pietro Valpreda.

Herr Müller zählt die neuen BVG-Preise  
Herr Meier fährt mit seinen kollegen umsonst.



MAN FAHRT BESSER SCHWARZ MIT DER BVG

Mit der Bratwurst  
Funkwagen beschmiert

erst nachdem sie verstärkung herbeigerufen hatten, konnten zwei polizeibeamte in der nacht am sonntag an der klappergasse einen 20-jährigen aus offenbach festnehmen: Der mann hatte, als die beamten dort einen unfall aufnahmen, die scheibe des funkwagens mit einer bratwurst verschmiert. als man ihn aufforderte, dies zu lassen, machte er weiter und weigerte sich auch, seine personalien bekanntzugeben.



# 15 Todesurteile in Persien

Vor Beginn der 2500-Jahrfeier der monarchistischen Diktatur (Kosten nach Angaben der iranischen Presse: über 500 Mill. \$) liess der Schah als "Präventivmassnahme" 1000 Oppositionelle einsperren, denen jetzt der Prozess gemacht wird. Wir stellen hier zuerst kurz die Hintergründe der Prozesse dar.

## I. Die 2500-Jahrfeier

Der Innenminister Sam verglich die Feier in ihrer repräsentativen Bedeutung mit der Weltausstellung in Osaka; die wirtschaftlichen Fortschritte des Landes sollten aller Welt demonstriert werden. Die geplante Wirkung der Veranstaltung war aber nicht nur nach aussen gerichtet, sondern hauptsächlich nach innen.

1. Die Erinnerung an die 2500-jährige Geschichte der Despotie sollte dem persischen Volk die Kontinuität und Ewigkeit der Unterdrückung vor Augen führen.
2. Die Anwesenheit der ausländischen Staatsoberhäupter (auch der UdSSR und der VR China) sollte die gegenwärtige Diktatur rechtfertigen und die Identität der Nacht des Schah mit den ausländischen Mächten darstellen. Die Wirkung auf das Bewusstsein des Volkes: 'Gegen eine Diktatur mit Ewigkeitscharakter und bei der die Grossmächte hofieren, selbst die, von denen man revolutionäre Hilfe und Solidarität erwartet hat, zu kämpfen ist sinnlos.' Der wachsende Wille zum Widerstand wäre somit in Resignation zerschlagen. Dies zu verhindern, war das erklärte Ziel der persischen Revolutionäre. Ferner sollte das Bild von der "Insel des Friedens und der Ordnung im Mittleren Osten", das der Schah den kapital-exportierenden Staaten malte, zerstört werden.

## II. Die wirtschaftliche und politische Situation

Die vom Schah propagierte "weisse Revolution" hat das Ziel, in Persien günstige Bedingungen für Investitionen des ausländischen Kapitals zu schaffen und zu garantieren. Dazu gehört selbstverständlich, alles zu unternehmen, um eine Unruhe oder sogar einen Aufstand der Bevölkerung zu verhindern oder gegebenenfalls niederzuschlagen. Reformen sollen die Ausbeutung und das Elend besonders der Landbevölkerung verschleiern. Das Prunkstück der "weissen Revolution" ist die Landreform. Sie hat zwar sehr vielen Bauern Eigentum be-

schert, wofür sie 15 - 20 Jahre bezahlen müssen, aber keine wirklichen Verbesserungen gebracht. Der 'eigene Grund und Boden' soll verhindern, dass den Bauern ihr tatsächliches Elend bewusst wird. Tatsachen:

- Die Zuwachsrate der landwirtschaftlichen Produktion sinkt - ständig hinter dem Bevölkerungszuwachs her.
- Die Produktion von Weizen (Hauptnahrungsmittel) ist rückläufig; stattdessen; Importe, die den Getreidepreis in die Höhe treiben.
- Das wirtschaftliche Wachstum beschränkt sich auf die Industrie (nur 45000 Beschäftigte) und den Dienstleistungssektor.



- Das Gesundheitswesen auf dem Land ist katastrophal. Die wenigen Ärzte sind entweder beim Militär bzw. Polizei oder in Teheran.
- Die Angaben über das Steigen des Pro-Kopf-Einkommen sollen verschleiern, wessen Einkommenssteigerungen das Steigen des Pro-Kopf-Einkommen verursacht. Falls einige die Verschleierungen durchschauen und den Kampf gegen die Diktatur aufnehmen, hat die faschistische Herrschaft des Schah die Pressezensur, das Organisationsverbot für Republikaner und Kommunisten, die Militärgerechtigbarkeit, die Folter und viele andere Mittel bereit. Für Widerstand gösseren Ausmasses ist das Militär zuständig.

Zu den Terrorprozessen gegen die persischen Revolutionäre hat uns die CISNU (Organisation iranischer Studenten im Ausland) folgendes mitgeteilt: "Ein am 23.1.1972 vor einem Militärtribunal begonnener Prozess gegen 23 Patrioten endete mit der Verkündung von 6 Todesurteilen, 9 lebenslänglichen und weiteren hohen Haftstrafen bis zu 15 Jahren. Ein anderes Todesurteil, ausgesprochen von einem geheimen Militärtribunal, war diesem Prozess vorausgegangen. In der ersten Februarwoche begann der Revisionsprozess gegen die 23 Patrioten gleichzeitig mit Verhandlungen gegen eine 20 Personen umfassende Gruppe. Inzwischen sind gegen diese Gruppe bisher 4 Todesurteile verhängt worden. Ebenfalls 4 Todesurteile sind gegen die ersten 20 von insgesamt 143 Angeklagten ergangen, gegen die ausserdem verhandelt wird."

Offizielle Verlautbarungen über das Stattfinden dieser Prozesse haben den Zweck, über den tatsächlichen Druck auf die Opposition hinwegzutäuschen. Ausserdem sind sie taktische Massnahmen zur Ablenkung der Öffentlichkeit von den brutaleren und umfassenderen Greueln des Regimes gegen die Opposition.

Nur das rasche und entschlossene Handeln aller demokratischen Kräfte kann das Blutbad in Persien verhindern!

- Wir fordern:
- Annullierung der Todesurteile
  - Entsendung einer neutralen internationalen Beobachterkommission, die aus Ärzten, Juristen, und Menschenrechtlern besteht, zur Teilnahme an den Verhandlungen, zum unbehinderten Treffen mit den Gefangenen und ihren Verwandten, zum Einsatz der von ihnen gewünschten Dolmetscher und zur Besichtigung des Ewin-Gefängnisses!

Die Situation in Persien, die Todesurteile und laufenden Prozesse gewinnen für uns durch das Verhalten der Bundesregierung an Bedeutung. Die gegenwärtige Beziehung BRD - Iran wird durch die Drohung des Schah geprägt, die DDR anzuerkennen und mit ihr wirtschaftliche Beziehungen aufzunehmen, was notwendigerweise für das BRD-Kapital in Persien von Nachteil wäre. Um den Kuhhandel

perfekt zu machen führt Bundeskanzler Brandt nach Persien. Hierbei werden sicherlich nicht nur ausserpolitische und wirtschaftliche Probleme besprochen, sondern auch die Tätigkeit der persischen Oppositionellen in der BRD und Westberlin. Die deutschen Behörden kommen den Forderungen des Schah, die unliebsame Opposition in der BRD zu unterdrücken, gefügig nach. Mit Vorliebe wird das Ausländergesetz gegen linke Organisationen angewandt, zu denen auch die CISNU zu zählen ist. Verstösse gegen das Gesetz über Ausländervereine werden mit Geldbussen hart bestraft und damit die auf schwachen finanziellen Füüssen stehenden linken Organisationen ausgeblutet. Bei den Verstössen handelt es sich in erster Linie um die Vorschriften, den deutschen Behörden, die mit ausländischen Geheimdiensten in Verbindung stehen, die Mitgliederlisten offenzulegen. Aber Innenminister Genscher genügt das jetzige Ausländergesetz noch nicht. Der sog. "Genscher-Entwurf" plant eine noch weitergehende Beschneidung der Rechte der Ausländer. Mit dem "Genscher-Entwurf" in der Tasche wird Brandt eine günstige Ausgangsposition in den Verhandlungen mit dem Schah haben. Proteste des Friedensnobelpreisträgers gegen die Terrorurteile würde seine Verhandlungsposition schwächen.

MASSENHAFTER PROTEST IN DER BRD WIRD DIE KOMPLIZENSCHAFT BRANDTS MIT DEM SCHAH AUFDECKEN UND DIE VOLLSTRECKUNG DER TODESURTEILE DURCH DIE MOBILISIERUNG WEITERER KREISE DER ÖFFENTLICHKEIT VERHINDERN!



Shah-Vernehmer, Schah-Schuh: Im Armenhaus des Orients

## Neukölln: Mit Null-Tarif zum nächsten Revier

Lautstarker Protest gegen Fahrpreiserhöhung der BVG

Auf recht drastische Weise protestierten in der vergangenen Nacht vier Jugendliche im Alter von 18, 19, 20 und 21 Jahren aus Kreuzberg, Charlottenburg und Frohnau gegen die bevorstehende Fahrpreiserhöhung bei der BVG.

Nach Mitteilung der Polizei bestiegen sie am Hermannplatz in Neukölln einen Bus der Linie 91 und weigerten sich mit den Rufen „Null-Tarif Null-Tarif“ das Fahrgeld zu bezahlen. Als sich die vier jungen Leute an einer Haltestelle an der Kottbusser Straße nach mehrmaliger Aufforderung durch das BVG-Personal weigerten, den Bus zu verlassen, wurde eine Funkwagenstreife zur Hilfe gerufen. Sie nahm die Protestierer vorübergehend fest.

des Verletzten stellte die Polizei wegen des Verdachts technischer Mängel sicher.

Genossen, meldet euch bei der Roten Hilfe, wenn ihr bei BVG-Aktionen Zusammenstösse mit der Polizei oder anderen Leuten habt.  
Tel.: 354579



SCHAFFT VIELE KLEINE KOMMUNISTEN





# „Die Todesschüsse fielen unnötig“

Von Nixon ernannte Kommission verurteilte Vorgehen der Nationalgarde

WASHINGTON, 5. Oktober (AP/dpa). Als „unnötig, unberechtigt und unverzeihlich“ hat eine von Präsident Nixon ernannte Kommission die Schüsse amerikanischer Nationalgardisten auf dem Gelände der Universität von Kent bezeichnet, durch die am 4. Mai dieses Jahres vier Studenten getötet und neun weitere verwundet worden waren. Für mitverantwortlich erklärte die Kommission in ihrem jetzt veröffentlichten Bericht allerdings alle, die zuvor in Kent Verwüstungen angerichtet, Angehörige der Nationalgarde angegriffen und mit Steinen beworfen oder diesen Taten Beifall gezollt hätten. Die Campus-Unruhen wurden als „unerträglich“ bezeichnet.

Dennoch kommt die Kommission zu dem Schluß, daß dies das letzte Mal gewesen sein müsse, daß geladene Schußwaffen als Selbstverständlichkeit Nationalgardisten ausgehändigt worden seien, die studentischen Demonstranten gegenüberstanden. Aus den Ermittlungen der Kommission ergab sich, daß die Nationalgardisten keinen Schießbefehl gehabt hatten und nicht von Heckenschützen beschossen wurden. Es seien keine Hinweise darauf gefunden worden, daß bei dem Zwischenfall außer den Nationalgardisten noch andere

Personen von der Schußwaffe Gebrauch gemacht hätten, hieß es in dem Bericht.

Die Spitze der Menschenmenge, der sich die Nationalgardisten gegenübergesehen hätten, sei nicht näher als 18 Meter gewesen, der Hauptteil sogar rund 70 Meter entfernt. Es habe keine Gefahr bestanden, die den Einsatz tödlicher Mittel gerechtfertigt hätte. Die Studentenversammlung auf dem Campus, die die Aktion der Nationalgarde ausgelöst habe, sei zu Beginn friedlich gewesen. Das Bundeskriminalamt (FBI) habe keine Anzeichen dafür entdecken können, daß die radikale Studentenorganisation SDS (Students for a Democratic Society) bei den Unruhen ihre Hand im Spiel gehabt habe. Auch Hinweise auf Drogengebrauch unter den Demonstranten gebe es nicht.

Bereits in der vergangenen Woche hatte die von dem ehemaligen Gouverneur von Pennsylvania, William Scranton, geleitete Kommission die „ungerechtfertigte Schießfreudigkeit“ der örtlichen Polizei von Jackson in Mississippi verurteilt. Dort waren bei Unruhen am 15. Mai zwei Negerstudenten erschossen worden. Die amerikanische Regierung hat sich bisher nicht zu dem Bericht der Kommission geäußert.



ANKLAGEND schreit eine Studentin auf dem Gelände der Kent-Universität. Ihr Kommilitone wurde getötet, als Nationalgardisten in eine Menge von Demonstranten feuerten, die Front machten gegen die Indochina-Politik Präsident Nixons.

Studenten erschossen, viele andere z.T. schwer verletzt. Daraufhin erfolgte wenige Stunden später in Berlin ein Anschlag auf die Propaganda-Zentrale der USA, das Amerika-Haus, an dem etwa 15 Personen beteiligt waren und geringer Sachschaden entstand. Damit sollte der Öffentlichkeit sichtbar und eindringlich klargemacht werden, daß es nicht genüge, in z.T. bereits ritualisierter Weise Protest und Empörung gegen Krieg und Völkermord zu formulieren, daß vielmehr dem ersten der zweite Schritt, dem Protest der zumindest symbolhafte Widerstand zu folgen habe. Die Beschädigung des Amerika-Hauses sollte auch konkreter Ausdruck der Solidarität mit den Opfern von Kent und des Befreiungskampfes der Völker Indochinas sein.

Kurz nach der Tat werden drei Genossen, Ulrich Fischer, Renate Sami und Charly Wierzejewski in einem Auto verhaftet, dessen Nummer ein Wachmann im Amerika-Haus zur Tatzeit, drei Uhr früh, abgelesen haben will. Diesen einzigen Hinweis nimmt der Berliner Polizei- und Justizapparat zum Anlaß für die Anordnung von 11 bzw. 13 Monaten U-Haft für die drei. Selbst während dieser Zeit der Anwendung rigorosester staatlicher Unterdrückungsmaßnahmen ergibt sich nicht ein einziger weiterer Anhaltspunkt für eine Tatbeteiligung der Gefangenen.

Für die dennoch durchgeführte extrem lange U-Haft, die dazu durch Schikanen wie Einzelhaft, Einzelreistunde, Besuchsverbot, Bücherverbot und Arrestbunker zusätzlich erschwert wurde, lassen sich zwei Begründungen herausarbeiten.

Den rebellierenden Bürgerkindern wollte die SPD-Regierung mit der gerade einsetzenden Amnestie eine letzte Chance geben: zurück ins bürgerliche Leben und Ruhe halten!

Von da ab sollte es kein Pardon mehr geben. Folgerichtig heißt es in einer Begründung für die Fortdauer der U-Haft nach 8 Monaten Dauer: „... muß bei der Strafzumessung strafscharf ins Gewicht fallen, daß die Angeklagten ihre Tat zu einem Zeitpunkt begangen haben, als in den gesetzgebenden Körperschaften die Diskussion einer Amnestie aus politischen Gründen begangener Taten in ihr Endstadium gelangte. Die Angeklagten haben damit gezeigt, daß sie in keiner Weise an einer Befriedung(!!) des politischen Lebens interessiert waren, sondern, daß sie bereit sind, mit allen Mitteln ihre angebliche politische Überzeugung zu dokumentieren. In derartigen Fällen ist es geboten, über einen sehr erheblichen Zeitraum erzieherisch auf die Angeklagten einzuwirken.“ Die mutmaßlich an der Tat Beteiligten hatten das Angebot zur Befriedung der Gegensätze ausgeschlagen und sollten nunmehr die ganze Härte des Gesetzes spü-

ren. Zudem wurden mit der Liberalisierung des Straf- und Strafvollzugsrechts widersprechende Tendenzen innerhalb der Polizei- und Justizbürokratie sichtbar.

Polizei und Ermittlungsbehörden sahen sich zunehmend durch liberalisierte Bestimmungen der Ergebnisse ihrer Arbeit in Form von ihrer Meinung nach zu milden Urteilen oder Freisprüchen betrogen.

Die Verlegung des Schwerpunktes eines Falles vom Erkennenden Gericht in den Ermittlungsbereich von Staatsanwaltschaft und Richter wurde zur Praxis.

Der Widerspruch zwischen der rechtsstaatlichen Theorie von der Unschuld eines Menschen bis zu seiner Verurteilung durch den gesetzlichen Richter und der angewandten Praxis von der Behandlung politisch beschuldigter Gefangener wie überführter „Schwerverbrecher“ machten die ständige Aushöhlung dieser „Rechtsstaatlichkeit“ und die praktizierte Vorgehensweise für linksstehende Systemgegner deutlich.

Dagegen waren einem Peter Turnius, der am Tage in den ehemaligen FU-ASTA einen Molotov-Cocktail warf, sowohl eine verständnisvolle Presse als auch ein wohlgesonnener Richter gewiß, der es bei 500.-DM Geldstrafe bewenden ließ für die „Warnung an die Linke, die etwas zu drastisch ausgefallen war“ (Abend).

Drei Genossen haben für einige zerbrochene Scheiben und einen Brandfleck im Teppich z.T. über ein Jahr lang in Haft gesessen. Wo sitzen die Verantwortlichen für die Militär-aggression und die Massaker und die unvorstellbaren Leiden an Millionen von Menschen Indochinas?

Richard Nixon, US-Präsident, saß und sitzt im Weißen Haus, Washington D.C., Robert McNamara sitzt auf dem Präsidentensessel der Weltbank, ebenfalls Washington D.C.

Wie lange noch?



GEGEN KAUTION FREI: Angela Davis

## FREIHEIT für ALLE



Black Panthers in San Francisco Kampf gegen die Unterdrückten



Der kambodscha-Kent-Amerika-Haus-Prozess

Am 28. Februar beginnt in Moabit der Prozess gegen drei Genossen, die einen Anschlag auf das Amerika-Haus begangen haben sollen. Welche Vorfälle gingen der Aktion gegen das Amerika-Haus voraus?

Infolge der wachsenden Antikriegsbewegung in USA und der sinkenden Kampfbereitschaft der Truppen in Vietnam (Desertion, Rauschgift) hatte Präsident Nixon den Abzug von zunächst 150.000 GI's aus Indochina zugesagt.

Die Großmacht USA hatte, wie davor die Kolonialmacht Frankreich, mit 55.000 Toten die Erfahrung machen müssen, daß der Kampf gegen die Entschlossenheit eines Volkes, seinen Befreiungskampf zu Ende zu führen, selbst unter dem Einsatz des größten und brutalsten militärtechnischen Apparats aussichtslos ist.

Mit Rücksicht auf ihre Alliierten und die eigene Glaubwürdigkeit mußten die USA bei allen Rückzugsplänen jedoch versuchen, Gesicht zu wahren.

Für die Bündnispartner sollte der Rückzug daher mit einer strategischen Glanzleistung nach dem Blitzkriegsmuster entschärft werden. Gegenstand dieser Glanzleistung sollte die Zerstörung des „unterirdischen Hauptquartiers des Vietcong“ sein, das angeblich ca. 30 km innerhalb Kambodschas ausgemacht wurde

und von wo alle militärischen Aktionen gegen die US-Truppen geleitet wurden. Um zu verhindern, daß nach dem Abzug der US-Armee Südvietsnam vollends unter die Kontrolle der PNL geraten würde (das Gerede von der „Vietnamisierung“ des Krieges hatte sich längst als amerikanische Wunschvorstellung erwiesen) und zudem zur angeblichen Sicherung des US-Rückzugs, fand am 2. Mai 1970 unter amerikanischem Oberbefehl die Invasion Kambodschas durch 20.000 Soldaten Südvietsnams mit massiver Unterstützung der US-Luftwaffe statt. Das Hauptquartier konnte freilich dabei nicht gefunden werden!

Politisch war der Weg durch die Ernennung eines Generals Lon Nol vorbereitet worden, der Ministerpräsident wurde.

Wenn schon der Vietnam-Krieg überall auf wachsenden Widerstand traf, die Kritiker in USA selbst immer klarer aussprachen, daß dort im Namen der Freiheit Völkermord begangen würde, so rief die Invasion in ein neutrales Land massiven weltweiten Widerstand hervor, wurden zugleich alle Friedensbetreibungen der USA offen Lügen gestraft.

An vielen Universitäten in den USA fanden spontan große Demonstrationen statt, zumal die Unis das Rekrutierungsfeld der Armee für den Offiziersnachwuchs ist.

An der Staatsuniversität von Ohio in Kent wurden von der Nationalgarde vier demonstrierende